

Antrag

der Abgeordneten Jan Ralf Nolte, Marc Bernhard, Joana Eleonora Cotar, Siegbert Droese, Franziska Gminder, Elsner von Gronow, Jens Kestner, Jörn König, Rüdiger Lucassen, Christoph Neumann, Bernhard Ulrich Oehme, Gerold Otten, René Springer und der Fraktion der AfD

Finanzielle Unterstützung der Konferenz re:publica

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die IT- und Webkonferenz re:publica ist eine Veranstaltung, die nach eigenen Angaben Wert auf Meinungsoffenheit und Vielfalt legt. Dies kommt auch in ihrem Namen zum Ausdruck, der ins Deutsche übertragen „öffentliche Sache“ bedeutet. Die diesjährige Veranstaltung wurde unter dem Leitspruch „Power of People“ und dem Eigenanspruch „bunter und offener für Diskurse denn je“ sein zu wollen, ausgerichtet. Zu diesem Anspruch passt nicht, dass die Bundeswehr zum wiederholten Mal von der Veranstaltung ausgeschlossen wurde. Nur ohne Uniformen (siehe Ausschussdrucksache 19(12)147), die ein zentrales Identitätsmerkmal unserer Soldaten sind, sollte den Soldaten der Zutritt zum Veranstaltungsgelände gewährt werden.

Selbstverständlich kann ein Veranstalter frei darüber entscheiden, wem er Zutritt zu seiner Veranstaltung gewährt. Die re:publica erhielt jedoch in der Vergangenheit Mittel aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS). An eine finanzielle Förderung durch den deutschen Staat muss dabei die Erwartung geknüpft sein, sich zu seinen Werten zu bekennen. Ein Ausschluss der Bundeswehr, die Garant der wehrhaften Demokratie ist und in der die Staatsbürger in Uniform der Gesellschaft einen anerkannten und wichtigen Dienst leisten, ist mit einer staatlichen Förderung unvereinbar.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

mit sofortiger Wirkung jegliche finanzielle Zuwendung für die re:publica durch den Bund und seinen Behörden zu streichen.

Berlin, den 8. Oktober 2018

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion